

Erachtet täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Gohannisstraße 22.
Spezialisten der Redaction:
Sonntags 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 15,500.

Abonnementpreis Viertel 4 1/2 Rthl.,
incl. Frangiraten 5 Rthl.,
durch die Post bezogen 6 Rthl.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbefreiung 36 Pf.
mit Postbefreiung 46 Pf.
Inserate 10 Pf. Zeitliche 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis. — Tabellarisches
Buch nach überem Lacti.
Kontanten unter dem Redactionstempel
die Spalte 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pro numerando
aber durch Postnachschuß.

№ 206.

Donnerstag den 25. Juli 1878.

72. Jahrgang.

Zur Wilhelmspende!

In unserem Aufruf vom 14. d. M. hatten wir gebeten, die Sammlungsbogen am 23. und 24. d. M. an die an denselben angegebene Sammlungsstelle oder an das Comitémitglied Director Hasso unter Beifügung der gesammelten Beträge gelangen zu lassen. Soweit dies nicht erfolgt ist, werden wir die Sammlungsbogen nebst den gesammelten Geldern durch Beauftragte abholen lassen.
Leipzig, am 25. Juli 1878.

Das Comité für die Wilhelmspende.
A. M.:
Stadtath Meckler, Vorsitzender.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Freitag, am 26. Juli a. e. Abends 7 1/2 Uhr im Saale der I. Bürgerküle.

Tagesordnung:

1. Gutachten des Bau-, Oeconomia- und Finanzausschusses über das Abkommen mit Herrn Fr. Boigt wegen Durchführung des südwestlichen Bedarfsplans.
2. Gutachten des Oeconomia- und Bauausschusses über Arealausgleich mit der Kramerinnung bezügl. Regulierung der Baufläche am Königsplatz und an der Windmühlenstraße.
3. Gutachten des Oeconomiaauschusses über a. Kostenvorwärtung für Vergütung von Thonplatten auf dem südlichen Fußwege der Schillerstraße; b. die Herstellung der Ufermauer an der Pleiße vom Weissenberg ab bis zum Schachtbofe.
4. Gutachten des Schulausschusses über a. Reorganisation des Internats an der Thomasschule; b. Kostenvorwärtung für Reparaturen in der Realschule I. Ordnung.

Christlich-socialer Ehrgeiz.

Die neue „innere Mission“ der Prediger Stöcker und Todt gleicht jener bedenklichen Sorte von Weiden-Mission, welche schon zuviel ist, wenn der belehrte Wilde christliche Gebete plappert und kirchliche Cerimonien mitmacht, sich aber um solche Kleinigkeiten, wie Bismarck, Menschenfressen und dergleichen vorläufig nicht viel kümmert. Mit den volkwirtschaftlichen Tragflächen und Verirrungen der Socialdemokratie es aufzunehmen, fehlt es jenen nur theologisch gebildeten Männern an jeder Fähigkeit. Sie sind wohl gar selber angestraft worden von Marx und Pallas, wenn sie sich der Decläre derselben anwenden und mit dem nämlichen tiefen Hass gegen den allmählig ausflürenden und besessenen Liberalismus in der Seele, hingegeben haben. Ihr Ziel ist die Befreiung der socialistischen erregten Arbeiter von Atheismus und Materialismus. Hätten sie sich hierauf weislich beschränkt, wer würde ihnen nicht alles mögliche Glück gönnen? Allein sie wählten — neubekehrte Socialisten wie sie selbst in wirtschaftlicher Hinsicht unvermerkt geworden waren — sich den Zugang zu den entfremdeten Gemüthern des Arbeiterstandes sichern zu dürfen durch ein volkwirtschaftliches und verberbliches Einwirken in die radicale Kritik der bestehenden Gesellschaftszustände; sie machten Ehrgeiz mit ihm in der Verdammung der ganzen modernen Gesetzgebung. Vom Standpunkt des Staats und der Gesellschaft angesehen, ist ihr Treiben daher um Nichts besser als das derjenigen Socialdemokraten, welche zugleich Atheisten und Materialisten sind. Ob es unter dem kirchlichen oder dem religiösen Gesichtspunkt seine Verdienste hat, wollen wir hier nicht unteruchen. Die abfälligen Urtheile zahlreicher sonst gleichgültiger Geistlichen und Kirchenvereine scheinen es fast in Frage zu stellen. Aber genug, für den Staat ist der christlich-socialer Agitator, der die Arbeiter in ihrer von socialdemokratischen Demagogien eingeflochtenen Verachtung aller staatlichen und gesellschaftlichen Autorität befährt, um kein Paar harmloser als der ursprüngliche atheistische Verführer. Deshalb hat bereits der ritterliche Führer der freiconservativen Partei Graf Bethusy-Duc im offenen Reichstage sein tiefes Mißfallen an dieser neuen Wählerlei kräftig ausgesprochen; und deshalb wird das von der Regierung vorbereitete Gesetz gegen socialdemokratische Umtriebe schwerlich umhin können, auch den Herren Stöcker, Todt und Genossen das angemessene Handwerk zu legen, zu welchem sie weder erziehen noch berufen sind. Verträge ihrer Art müssen wieder in strengere Zucht genommen werden: das ist eins der dringendsten Erfordernisse, wenn wir mit dem Widerstreben des heranwachsenden Geschlechts gegen alle sittliche und wirtschaftliche Ordnung fertig werden wollen.

Vor der Hand werden die Wähler am 30. Juli ihrem Größenwahn eine fühlbare Lection ertheilen müssen. Die „Christlich-Socialen“ sind schon so geschwollen, daß sie an Orten Candidaturen aufstellen, wo man sie bis jetzt glücklicherweise höchstens erst durch die Zeitungen kennt, oder wo Herr Hofprediger Stöcker in seinem unaushaltbaren Drange, überall den Apostel dieser nichtsnutzigen Weisheit zu spielen, sogar von den ihm kirchlich nächststehenden Kreisen mit Protest zurückgewiesen worden ist. Daß derartige Candidaturen beim allgemeinen Stimmrecht auch nicht den Schatten einer Aussicht auf Erfolg darbieten, verheißt sich natürlich nicht einmal die hohe Einbildung ihrer Urheber. Es kommt ihnen also lediglich darauf an, aller Orten nur erst Fuß zu fassen und von überall her Stimmen für die Wahlstatistik zu sammeln. Es soll nach vollzogener Reichstagswahl gesagt werden können: „Die christlich-socialen Partei verfügt in ganz Deutschland bereits über so viel Tausende von Stimmen!“ In Erwartung von Reichstagsstimmern nimmt man einweilen mit einer gewissen Anzahl von Wahlkreisen, in denen man es doch wenigstens zu irgend welchen

Wunderheiten gebracht hat, vorlieh. Auch Dies hat die christlich-socialen Secte ihrer Vorläuferin und Geisteschwester, der Socialdemokratie, abgelernt. Der ruhige Bürger mag daraus wieder erkennen, wie wichtig es ist, am Wahltag nicht zu fehlen, damit seine Stimme mit in die Waagschale falle gegen die Wucherung des socialdemokratischen Unsturzesbeeres beider Flügel, des „christlichen“ und des antichristlichen.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 24. Juli.

Am Beginne des gegenwärtigen Wahlkampfes zeigte sich an verschiedenen Orten das Bestreben, unter nationalliberaler Firma rein conservative Tendenzen zur Geltung zu bringen. Jeder rechtlich denkende Mann hat das als einen Mißbrauch der Parteifahne verurtheilt. Jetzt, sagt die „National. Corresp.“, erleben wir — allerdings nur in ganz vereinzelten Fällen — das Schauspiel, daß auch Candidaten, welche sich bei den Wählern ursprünglich als Angehörige der nationalliberalen Partei und gestützt auf dieselbe eingeführt haben, den Unterschied zwischen „nationalliberal“ und „conservativ“ zu verwischen trachten und den conservativen Bestrebungen in einer Weise schmeicheln, welche in der Bevölkerung zum Mindesten Verwirrung erzeugen muß. Ein solches Verfahren kann nicht scharf genug getadelt werden. Wie es das Recht jedes Wählers ist, seine politische Ueberzeugung in Folge besserer Einsicht zu wechseln, so auch jedes Abgeordneten. Wir verdammen Keinen, der sich zwischen der letzten Reichstagsession und heute vom Liberalen zum Conservativen entwickelt hat. Aber, was verlangt werden kann und verlangt werden muß, ist, daß dieser Gefinnungswechsel offen eingestanden werde. Es ist eine Täuschung der Wähler, wenn man, wie es nach den uns vorliegenden Nachrichten in einem Falle vorgekommen, die Differenzen zwischen dem nationalliberalen und dem conservativen Standpunkte als „Kleinigkeiten“ bezeichnet. In keinem Zeitpunkte ist die Grundverschiedenheit beider Richtungen greller zu Tage getreten, als in dem gegenwärtigen. Welcher ehrlich liberale Mann kann sagen, daß man sich über jene Differenzen mit dem Geizner „leicht verständigen werde“, in einem Augenblicke, da alle conservativen Redner, alle conservativen Blätter die Vernichtung des Liberalismus, und speciell des Nationalliberalismus, als das Haupterforderniß der Lage prebigen! Es mag ja Leute geben, die den sonnenklaren Thatsachen auf solche Weise ins Gesicht schlagen zu müssen glauben, um sich ihr Mandat zu retten. Aber die nationalliberale Partei wird jede Gemeinshaft mit ihnen ablehnen. Wer in diesen Tagen der Ansetzung nicht den Rath hat, ganz und unumwunden ihre Farbe zu bekennen, der mag sich als ausgeschieden betrachten. Für unsichere Cantonisten ist kein Platz in einem Armeecorps, welches mitten im Feuer steht. — Es wird uns berichtet, daß in dem erwähnten Falle der Candidat erklärte, er würde in manchen Dingen anders gestimmt haben, wenn er nicht durch den Fraktionszwang gebunden gewesen wäre! Daß der „nationalliberale Fraktionsterrorismus“ in den Pampheleten der conservativen Agitation eine große Rolle spielt, ist begrifflich, unbestreitbar, aber, wie jemand, der die wahre Sachlage aus eigener Anschauung kennt, diese unbegründete Beschuldigung wiederholen mag. Die nationalliberale Fraktion hat nie mehr einen ihre Mitglieder absolut bindenden Beschluß gefaßt; nie als ist ein ihrer Mitglieder gezwungen worden, gegen seine bessere Einsicht, seine bessere Ueberzeugung zu stimmen. Jeder Einzelne trägt für alle seine Abstimmungen die Verantwortlichkeit allein, und es ist eine des selbstständigen Mannes unwürdige Handlungsweise, dieselbe von sich auf die Partei abwälzen zu wollen. — Mögen die Wähler, bei denen der Name der nationalliberalen Partei noch einen guten Klang hat, sich versehen mit solchen Can-

didaten! Man hat der nationalliberalen Partei einen Existenzkampf aufgezogen. Da gilt die Lösung: „Wer nicht für mich ist, der ist wider mich!“ Darum: wer die seit 12 Jahren bewährte Mittelpartei, welche zugleich die Befreiung und die freie politische Entwicklung des Reiches erstrebt und in diesem Rahmen stets ein offenes Auge für die Bedürfnisse des praktischen Lebens gehabt hat, auch ferner erhalten wissen will, der wähle einen Mann, der sich unumwunden und ehrlich zur nationalliberalen Partei in der entscheidenden Stunde verleiht, der nur die Maske des Nationalliberalen trägt und unter derselben mit den Conservativen liebäugelt.

Die Nachricht von einem Attentat auf den Herzog von Meiningen beruht auf der ungeheuerlichen Ausbushung eines kleinen Unfalls, der demselben vor etwa vierzehn Tagen zugefallen ist. Als der Herzog Abends spät nach Viehstein zurückkehrte, stieß sein Wagen bei einer starken Krümmung der Straße an einen mit Steinen gefüllten Kasten, wie solche zur Reinigung der Straße benutzt werden; dabei kam ein Hinterperd zu Falle, doch ist ein weiterer Schaden nicht angerichtet worden.

Der Telegraph hat den in Wien erfolgten Tod des Begründers der deutschen pathologisch-anatomischen Schule, des Vortrags Professor Karl von Rokitansky, gemeldet. Derselbe wurde im Jahre 1804 zu Königgrätz geboren, studierte zu Prag und Wien die Heilkunde, wurde 1828 an letzterer Universität Assistent der pathologisch-anatomischen Anstalt und 1834 Professor der pathologischen Anatomie. Durch die mit dieser Stellung verbundenen Functionen eines Profectors des großen Wiener Krankenhauses und eines gerichtlichen Anatomen für Wien war es ihm möglich, ein unermessliches Material von Beobachtungen und Erfahrungen zu sammeln, das er in seinem „Lehrbuche der pathologischen Anatomie“ klar und übersichtlich verarbeitet, der Leslichkeit übergeben. Rokitansky hat vor Allem das große unbestrittene Verdienst, der pathologischen Anatomie zuerst auf deutschem Boden eine allgemeine Bedeutung verschafft, dieselbe zur Grundlage einer pathologischen Physiologie und zur Grundlage der naturwissenschaftlichen Forschung auf dem Gebiete der Medicin überhaupt gemacht zu haben.

Bezüglich des deutsch-österreichischen Handelsvertrages schreibt die Wiener „Montags-Review“ unter dem 21. Juli: „Wie wir hören, hat Graf Andrássy gelegentlich des Berliner Congresses Veranlassung genommen, mit dem Fürsten Bismarck taktvollste Auseinandersetzungen in Bezug auf die fortwährende Verzögerung der österreichisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen zu pflegen, und es ist, nachdem man sich über den Standpunkt der Parteien klar geworden, kein weiteres Hinderniß vorhanden, daß die beiderseitigen Delegationen bald zur Wiederaufnahme und Vollenbung ihrer Mission zusammenzutreten. Der Abschluß des österreichisch-deutschen Handelsvertrages ist übrigens nicht bloß für die beiden betroffenen Staaten, sondern für die handelspolitischen Verhältnisse von ganz Europa von der größten Wichtigkeit. Kein Staat will vorgehen, bevor nicht von anderer Seite eine Tendenz festgestellt wurde. So würde Italien gern neue Verhandlungen mit Frankreich anknüpfen, aber es fürchtet einen gefährlichen Einfluß des neuen Vertrages auf sein commercielles Verhältniß zur Schweiz; Frankreich wünscht recht bald zu einem Handelsvertrage mit Oesterreich-Ungarn zu gelangen, will aber erst seinen Rapport mit Italien geordnet haben. Umgekehrt denkt Italien die Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn dann zu beginnen, wenn die französischen wenigstens eine erkennbare Basis geliefert haben. Diese Mittheilungen bestätigen die oben aufgestellte Behauptung, daß durch den Abschluß eines österreichisch-deutschen Handelsvertrages der Weg wird frei gemacht werden

können. Der österreichische Standpunkt ist übrigens präcis gegeben: Entweder bis zum 1. Januar 1879 neue Handelsverträge oder den allgemeinen Zolltarif.“

Der römische „Diritto“ bringt einen Artikel, in welchem ausgeführt wird, daß allerdings das Versammlungsgesetz notwendiger Weise unverfehrt zu erhalten wäre; das Blatt constatirt jedoch gleichzeitig, daß die Regierung fest entschlossen sei, jede ruhestörende Demonstration zu verhindern, wie dies auch durch die gefestigten Abenden von dem Minister des Innern angeordneten strengen Maßregeln bewiesen würde, die dahin zielten, Versuche einer der Form und dem Wesen nach sehr unschuldigen Demonstration rasch ein Ende zu machen. Der „Diritto“ sagt weiter: Sobald die öffentliche Ordnung ins Spiel käme, wären weder Zanardelli noch Cairoli geneigt, sich vor Insinuationen oder Drohungen zu beugen. Das Blatt spricht sodann von den internationalen Erfordernissen und sagt: Die Regierung kenne ihre Pflichten und Rechte gegenüber einer befreundeten Regierung und sei entschlossen, sie aufrecht zu halten. Die Beziehungen zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn seien jene, wie sie durch die in loyaler Weise unterzeichneten und angenommenen Verträge sanctionirt wurden. Ein System offener Freundschaft und geheimer Conspirationen könne wohl für schwache Regierungen passen, die von einer abenteuerlichen Politik Alles zu gewinnen, aber Nichts zu verlieren hätten, zwischen großen Staaten jedoch könne nur ein Zustand offener Freundschaft oder offener Feindschaft vorhanden sein. Es sei eine Verdrieß auf die Regierung die Verantwortlichkeit für eine Agitation zu werfen, welche größtentheils gegen diese selbst gerichtet wäre. Der „Diritto“ schließt den Artikel, indem er diese Agitation beklagt und sagt: Die Regierung müsse das Versammlungsgesetz unverfehrt aufrecht halten, wenn es aber aus dem Felde der freien Discussion herausträte, so würde die Regierung ihre Pflicht zu thun wissen.

In London fand am 23. Juli eine zahlreich besuchte Versammlung deutscher Socialdemokraten statt. Der Vorsitzende sagte, es sei die Mission der deutschen Socialisten, den militarischen Despotismus Deutschlands zu stürzen. Dieser Bemerkung folgte stürmischer Beifall. Beschlüsse, welche die deutsche Regierung heftig angreifen, wurden einstimmig angenommen.

Die außerordentliche Session der belgischen Kamern ist am 23. ohne Thronrede des Königs eröffnet worden. Die Deputiertenkammer begann sofort die Wahlprüfungen.

Der „Polit. Corresp.“ wird aus Konstantinopel vom Dienstage gemeldet: 16 Bataillone russischer Infanterie mit zahlreicher Artillerie haben Schumla besetzt; auch haben mehrere russische Civilbeamte dort die Verwaltung von den türkischen Civilbeamten übernommen, die sich nach Barna begeben. — Ueber die Räumung der russischen Stellungen vor Konstantinopel, welche erst nach der gleichfalls bevorstehenden Räumung Barnas seitens der Türken erfolgen soll, wird lebhaft verhandelt. Die Türken wünschen, daß die russischen Truppen auf eine Entfernung von 24 Stunden hinter Tschataldja zurückgehen, während die Russen nur bis auf eine Stunde Entfernung von Tschataldja gehen wollen. — Am Montage hat in der bosnischen Occupationangelegenheit ein Ministerrat stattgefunden. Die Gerüchte von dem nahe bevorstehenden Abschluß einer österreichisch-türkischen Convention haben bisher keine Bestätigung gefunden.

Aus Alexandrien schreibt man der „Weser-Zeitung“: Gerüchte, welche allerdings bis zur Stunde noch jeder Beglaubigung entbehren, wollen davon wissen, daß der Bicekönig sich mit keinem geringeren Plane trage als mit dem, eine Art von Verfassung in seinem Reiche einzuführen. Der nächste Schritt soll in einer Erweiterung des schon

Bekanntmachung.

Die von uns zur Submission ausgeschriebene Reupflasterung eines Theiles der Theatergasse ist vergeben und werden daher die unberücksichtigt gebliebenen Herren Submittenten hiermit ihrer Offerten entlassen.
Leipzig, den 22. Juli 1878.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Erdmann. Bangemann.

Verpachtung.

Von dem der Stadtgemeinde gehörigen, an der Berliner Straße gelegenen jetzigen Cua-R'schen Waidhaußplatz sollen 3 Parzellen und zwar
1) eine von ca. 4400 q Meter — 239 q M. Flächegehalt, vorn an der Straße, mit dem darauf stehenden kleinen Haus (ehemaligem Cholera-Waidhauß, jetzt Fabrillocal),
2) eine von ca. 450 q Meter — 25 q M. Flächegehalt, weiter hinter gelegen, auf welcher ein dem jetzigen Waidpachter gehöriges und von demselben bez. nach Vereinbarung zu übernehmendes, außerdem aber zum Abbruch kommendes einhöfliches Haus steht,
3) der hinterste Platztheil von ca. 1 Hectar 11. q M. — 2 Ader 4 q M. Flächegehalt,
zur anderweitigen Verpachtung als Wager, Werpflüge oder dergl. vom 1. August d. J. an gegen vierwöchentliche Kündigung
Freitag den 26. d. M. Vormittags 11 Uhr
an Rathstische veräußert werden und liegen ebendieselbst schon vor dem Termine die Verpachtungs- und Verleigerungsbedingungen zur Einsichtnahme aus.
Leipzig, den 16. Juli 1878.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgl. Gerutti.